

Antrag

der Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff, Renata Alt, Grigorios Aggelidis, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Digitalisierung trifft auf Diplomatie – Innovationsbotschafter entsenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Digitalisierung, Automatisierung und Künstliche Intelligenz sind für Gesellschaften weltweit zentrale Herausforderungen der Gegenwart. Technologische Entwicklungen wirken auf internationale Politik ein und auch die deutsche Außenpolitik wird durch die zunehmende Vernetzung der Welt beeinflusst. Gleichzeitig werden immer mehr transnationale Unternehmen zu globalen Akteuren. Der US-Konzern Apple allein beschäftigt weltweit 123.000 Mitarbeiter und der Börsenwert des Unternehmens nähert sich dem BIP von Mexiko, einem Land mit 127,5 Millionen Einwohnern. Mit dem steigenden Einfluss der Tech-Unternehmen wächst auch ihre gesellschaftliche Verantwortung. Es ist deshalb entscheidend, dass Staaten die aktuellsten technologischen Entwicklungen im Blick behalten und mit führenden Unternehmen und aufstrebenden Start-ups in den Innovationszentren der Welt im Dialog stehen. Um den technischen Fortschritt gezielt bewerten zu können, entsandten Dänemark und Frankreich im Jahr 2017 jeweils einen „Tech Ambassador“ ins Silicon Valley. Dieser soll die Beziehungen des jeweiligen Landes zu dort ansässigen Firmen wie Facebook, Apple und Google pflegen. Die kalifornische Region gilt als einer der bedeutsamsten Standorte der IT- und High-Tech-Industrie.

Im Bereich der technischen Entwicklung fehlt es in Deutschland oft an Innovationen und einflussreichen Investoren. Quantencomputing, Künstliche Intelligenz, Robotik, Nano- und Biotechnologie finden viel zu oft anderswo auf der Welt statt. Deutschland droht hier den Anschluss zu verlieren. Die Entsendung von deutschen Innovationsbotschaftern in die Zentren der Tech-Industrien könnte dazu beitragen, dass Deutschland wieder Anschluss an die Digitalisierungsweltspitze unter den Industrienationen findet. Weltweit verfügt die Bundesrepublik Deutschland über 227 deutsche Auslandsvertretungen. Hier müssen wir ebenfalls ansetzen und unsere Digitalkompetenz durch den Austausch mit ansässigen Unternehmen ausbauen.

Dänemark und Frankreich haben verstanden, dass einige Technologieunternehmen einflussreicher als so mancher Nationalstaat sein können. Um globale Herausforderungen zu bewältigen, ist Diplomatie zwischen Staaten und IT-Unternehmen folglich notwendig. Die Etablierung einer Außenpolitik, die eine Begegnung von technischem Fortschritt und Diplomatie möglich macht, führt zu einem Wissenstransfer, von dem auch deutsche Firmen profitieren können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Technologieaußenpolitik zu entwickeln, um Technologievorausschau und Technologiebewertung für deutsche Unternehmen möglich zu machen;
2. Innovationsbotschafter aus den zuständigen Ressorts in die Ballungszentren der IT- und High-Tech-Industrie wie das Silicon Valley, Shenzhen, Tel Aviv, Singapur und Daejeon zu entsenden, um Beziehungen und Netzwerke zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ansässigen Technologieunternehmen zu etablieren und auszubauen;
3. mit den in diesen High-Tech-Zentren ansässigen Universitäten in Kontakt zu treten, um zur Forschungsnachwuchsförderung einen Tech-Studentenaustausch mit Deutschland zu initiieren;
4. an unseren bestehenden Auslandsvertretungen die Nähe zu führenden Technologieunternehmen zu suchen und durch Schaffung digitaler Abteilungen den Austausch mit diesen Unternehmen zu fördern;
5. mithilfe von bereits bestehenden Subventionen und Förderungen zu gewährleisten, dass auch kleinen und mittelständischen Unternehmen der Austausch mit der ausländischen High-Tech-Industrie ermöglicht wird;
6. Projekte und Begegnungen deutscher Unternehmen mit Technologiekonzernen in den High-Tech-Zentren zu intensivieren und zu begleiten;
7. eine engere Verzahnung mit den deutschen Auslandshandelskammern anzustreben und gemeinsame Initiativen ins Leben zu rufen;
8. die digitale Infrastruktur an unseren Auslandsvertretungen auszubauen und eine Strategie zur Digitalisierung der Verwaltung an deutschen Vertretungen zu entwickeln, um den Austausch mit Unternehmen zu erleichtern und Arbeitsvorgänge zu beschleunigen;
9. sich gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für eine Fortführung der Digitalen Agenda nach 2020 einzusetzen;
10. ein „Frühwarnsystem“ aufzubauen, das einerseits aufkommende frühe Trends in der Wissenschaft und Forschung sowie Gründungen, Patente und webbasierte Indikatoren von Beginn an identifiziert bzw. sichtbar macht und andererseits Wanderungsbewegungen von Wissenschaftlern anzeigt, damit Deutschland bereits zu Beginn neuer Entwicklungen agieren kann;
11. das „German Academic International Network“ auch auf Europa und Asien zu übertragen;

12. die Verbindung von Digitalisierung und Diplomatie als Chance zu begreifen und gezielte Zukunftsimpulse zu setzen, um unsere Digitalkompetenz langfristig und nachhaltig auszubauen.

Berlin, den 19. März 2019

Christian Lindner und Fraktion

